

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 5.

Berlin, den 9. August 1916.

11. Jahrgang.

Aushalten!

Wir sind in das dritte Jahr des Weltkrieges eingetreten. Wer hätte vor zwei Jahren, als die lauten Aeußerungen der Kriegsbegeisterung auf den Straßen und aus den öffentlichen Lokalen in die Ohren hallten, gedacht, daß die gesamte Kulturwelt einer solch furchtbaren Belastungsprobe ausgesetzt werde. Was die Kriegsgeschichte bis in die jüngste Vergangenheit an Heereszahlen, Waffentaten, Führergehick und Mannschafteleistungen kündigt, ist im Laufe des heutigen Völkerringens hundertfach übertriften worden. Weit über das Maß des jemals Dagewesenen geht aber auch das Vernichtungswerk, das von dem kaum überschaubaren Aneinanderprallen der Heeresmassen unzertrennlich ist. Das Leben der Völker und das Leben der einzelnen wird von Kriegswirkungen erschüttert, an die vor zwei Jahren nur ganz wenige dachten. Diese Erschütterungen werden anhalten, je mehr die Völker ihre letzten Kräfte in die blutige Wagchale werfen, ja sie werden noch weiterwirken, wenn die Kanonen verstummt und die Schützengräben zugeworfen sein werden. Schwer, unsagbar schwer ist es, in dem Dröhnen und Beben dieser auf Tod und Leben kämpfenden Welt, in diesem Sturmwind der Leidenschaft sich ein klares, unbeeinflusstes Urteil zu bewahren, sich Rechenschaft zu geben, wie das, was heute geschieht, kommen konnte, sich einen Ausblick zu verschaffen auf das, was aus all dem werden will.

Vielleicht am schwersten ist das Zurechtfinden im tosenden Wirbelstrom der Ereignisse und das Ergründen dessen, was nach ihnen kommen mag, für uns Sozialdemokraten. Jahrzehnte lang haben wir unsere Aufgabe darin erblickt, das zu bekämpfen und zu verhüten, was uns jetzt seit zwei Jahren in seinem unheimlichen Banne hält und mit eisernem Zwange unsern Arm lähmt. Der Kampf der feindlichen Heere hat einen Bruderkrieg in unseren Reihen gezeitigt, dessen Ausgang heute noch ebenso dunkel vor uns liegt wie der Ausgang der Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen. Ein offener, freier Meinungs- und Austausch ist unmöglich, ein Aufrollen und Beleuchten aller Fragen, die mit Kriegursache, Kriegsverlauf und Kriegswirkungen zusammenhängen, kann nicht erfolgen. Zu Beginn des dritten Kriegsjahres vielleicht noch weniger als vorher. Da das geistige Band der Partei zerrissen und

zerfasert ist, klaffen auch in unserem Parteigebäude die Mauern auseinander. Die aber, die sich als berufene Führer der Parteieinheit ausgeben, suchen mit Gewaltmitteln und bürokratisch-juristischen Fuhangeln die, die anders denken als sie und ihre Kriegspolitik nicht als aller sozialistischen Weisheit höchsten Schluß betrachten wollen, zu knebeln und zu Falle zu bringen. Wahrlich, ein Zustand, der so manchen bitteren Ausdruck der Parteiverdroffenheit verstehen läßt, den man hier und da hören kann. Eine Verdroffenheit, die noch erhöht wird durch das Gefühl der Ohnmacht, weil durch den eisernen Kriegszwang nichts, oder so gut wie nichts, zur Befundung der Partei getan werden kann. Vermehrt wird die Erbitterung noch dadurch, daß die im Lager der Fraktionsmehrheit Stehenden viel größere Ellenbogenfreiheit in der Vertretung ihrer Anschauungen haben. Unter direkter und indirekter Billigung der Parteispitzen gehen regelmäßig die Produkte der „F. A.“, der „Fackel“, der „Partei-Korrespondenz“ in die Welt hinaus, schießen Broschüren und Bücher der „Umlerner“ wie Pilze aus der Erde hervor, während die Opposition nur kümmerlich und oft nur in Andeutungen ihre Argumente verfechten kann. Nichtsdestoweniger wird von den erleuchteten Parteispitzen Zeter und Mord geschrien, wenn die Minderheit sich auf irgendeine Weise Gehör und Geltung zu verschaffen sucht, alle nur erdenklichen Bannflüche kommen dann aus dem Munde unserer Parteigewaltigen, ja man läßt sich im Kampfe gegen die $\ddagger\ddagger\ddagger$ -Opposition die Bundesgenossenschaft mancher höheren Mächte gern gefallen. Alles unter der jetzt wahrlich nicht mehr ernst zu nehmenden Redensart: Die Einheit der Partei muß gewahrt werden. Besonders erbaulich hat sich dieses Pharisäertum gezeigt im Schalten und Walten des Siebenmänner-Kollegiums, das nach der Methode des Doktors Eisenbart in Teltow-Beeskow die Spaltpilze vernichten wollte und dabei selbst die eigene Organisation aus den Fugen brachte, ganz zu schweigen davon, daß wohl selten Bürokraten mit der Demokratie ärger Schindluder gespielt haben als es hier der Fall ist.

Gewiß, es sind unerfreuliche Bilder, die sich heute fast täglich dem Auge beim Hineinblicken in das Parteileben darbieten. Und wohl jeder, der es mit der Partei und mit der Zukunft von Demokratie und Sozialismus ernst

meint, schleppt eine schwere Last von Unzufriedenheit mit sich herum, die dadurch noch bitter wird, daß man mehr oder weniger zur Latenlosigkeit verurteilt ist. Aber trotz alledem heißt es aushalten, denn einmal kommt doch die Zeit der Abrechnung und des großen Reinemachens in der Partei. Und wenn die Mehrheit der Berliner Parteigenossen auch nicht zu denen gehört, die u m gelernt haben, so müssen sie sich doch bewußt sein, daß uns der Krieg als unerbittlicher Lehrmeister sehr viel d a z u lernen ließ. Er hat uns gezeigt, wo wir in unserem Parteigebäude aufzuräumen haben, wo Schwaches gestützt, Enges ausgebaut und erweitert werden muß. Wir haben zu prüfen, ob und wo wir unser Können und Wollen überschätzt haben, wir haben dafür zu sorgen, daß unsere Organisationen nicht wieder zu bürokratischen Gebilden erstarren, sondern aktionsfähiger gestaltet und von lebendigem Geist des Sozialismus durchtränkt werden. Das ist nicht leicht, in einer waffenklirrenden Zeit wie der heutigen, in der das politische und soziale Leben dem Kriegszwange unterworfen ist, in der die Partei zu der Untätigkeit eines politischen Stellungskrieges gezwungen wird, der an Nerven und Geduld hohe Anforderungen stellt.

Ein Fortschritt ist in Berlin immerhin erzielt. Die Uebereinstimmung der Anschauungen der Mehrheit der Berliner Parteigenossen mit der der Funktionäre ihrer Organisationen ist durch die Wahlen in der Verbandsgeneralversammlung und den einzelnen Kreisen herbeigeführt worden. Aber das Wollen und Wirken der Funktionäre wie der Organisationen unterliegt noch den gleichen Beschränkungen wie in der vergangenen Kriegszeit. Manche von denen, die jetzt nicht mehr am Organisationsruder sitzen, weil sie das Vertrauen ihrer Parteigenossen nicht mehr hatten, glaubten sich die ebenso häßliche wie geistlose Bemerkung leisten zu können: „Seht, die Großmäuler machen auch nicht mehr wie wir, sie wollten von uns Laten sehen und bringen nun auch nichts fertig.“ Solche Redensarten beweisen, daß diesen Leuten jedes demokratische Gefühl abhanden gekommen ist. Und man müßte eigentlich noch viel schärfere Worte zur Charakterisierung der inneren Beweggründe anführen, die solche Redensarten laut werden lassen. Wir haben schon in der vorigen Nummer darauf hingewiesen, daß es Illusion wäre, von den neuen Parteifunktionären zu erwarten, daß sie die Partei und die Berliner Bewegung mit einem Ruck aus aller inneren und äußeren Bedrängnis herausführen könnten. Dazu sind andere Zeiten und andere Kräfte nötig. Aber widerlegt werden können solche Spott- und Schmähreden solcher in sicherem Port sitzender Mehrheitsapostel durch zähes und treues Festhalten an der Organisation und durch Betätigung in ihr, wo es nur eine Betätigungsmöglichkeit gibt. Durch verbittertes und verärgertes Beiseitretreten und Nichtmehrmitmachen besorgt man nur die Geschäfte derer, die die Partei auf einen

Beg gebracht haben, den wir nicht billigen können. Durch treues Aushalten, durch Einwirkung auf schwache, schwankende, gleichgültig oder verärgert gewordene Genossen an den Zahl- abenden, an der Arbeitsstätte, im persönlichen Verkehr, trägt man zur Vorbereitung der Kiesenarbeit bei, die die Partei noch zu erfüllen hat.

Und noch eins sollen wir nicht vergessen in dieser Zeit, die von uns allen nervenanspannendes Aushalten verlangt. Die Pflicht der Selbstkritik. Gewiß, wir haben mit vielen dieser Führer eine ernste und gründliche Abrechnung vorzunehmen, wir haben auch am äußeren Bau unserer Organisation viel zu bessern und zu ändern, nicht minder wichtig ist aber die Aufgabe, zu untersuchen, wo es im Wissen und in der Ueberzeugung der einzelnen Parteigenossen gefehlt hat, als die große Völkercatastrophe hereinbrach. Neben der gewiß unbedingt notwendigen Kritik an der Fraktion, an Parteivorstand usw. darf die Kritik nicht vergessen werden, die wir an der Masse unserer Parteigenossen vorzunehmen haben, soll es in Zukunft besser werden. War nicht zu oft die rein äußerliche Zugehörigkeit zur Partei uns schon genug? Haben wir nicht vieles versäumt, um die, die zu uns kamen, auch zu wirklich denkenden und überzeugten Sozialdemokraten zu machen? Hat es mit dem sozialdemokratischen Wissen nicht selbst bei fortgeschrittenen Genossen gehapert? Wie viele, um nur ein Beispiel zu nennen, waren vor dem Kriege mit dem Wesen und der Aufgabe der Internationale vertraut? Wer konnte sich über die vielgestaltigen Fragen der äußeren Politik, aus denen heraus der Weltkrieg geboren wurde, vom sozialdemokratischen Standpunkte aus Rechenschaft geben? Und doch werden alle diese und noch viele andere Fragen auch nach dem Kriege für die Arbeiterklasse von ganz gewaltiger Bedeutung sein. Das proletarische Gefühl und der proletarische Instinkt sind gewiß sehr wichtige Faktoren für die Arbeiterbewegung, aber sie allein genügen nicht, um die großen Aufgaben zu erfüllen, die der sozialdemokratischen Arbeiterchaft noch bevorstehen. Das alte Wort, daß der marxistische Sozialismus das Bündnis zwischen Arbeit und Wissenschaft darstelle, behält für die Gegenwart und für die Zukunft seine Gültigkeit.

Hier ist ein Feld, wo schon während der Kriegszeit gearbeitet werden kann. Den Berliner Parteigenossen steht auch jetzt und noch mehr im kommenden Herbst die Arbeiterbildungsschule offen, ebenso deren und andere Bibliotheken. In Zahl- und Lesabenden können belehrende Vorträge gehalten werden. Daneben kann schon an den Ausbau und Umbau unserer Groß-Berliner Organisation gedacht werden: wie sie geschlossener und doch elastischer unter den weitgehendsten demokratischen Garantien gestaltet werden kann. Die Vorgänge in Teltow-Beeskow und ihre Begleitererscheinungen für die

Groß-Berliner Organisation sollten uns zu denken geben.

Schwer lastet noch auf uns die Not der Zeit, niederdrückend sind die Zustände in unserer Partei, aber zum Verzagen liegt kein Grund vor. Aushalten, arbeiten und nicht verzweifeln, muß mehr denn je für uns alle die Lösung sein.

Aus dem Zentralvorstand und Aktionsauschuß.

Zentralvorstand.

Sitzung vom 7. Juli 1916.

In Sachen Ausschlußverfahren gegen den Genossen Legien wird ein Schreiben des Parteivorstandes bekanntgegeben, woraus hervorgeht, daß der Genosse Legien gegen den in der Sitzung des Zentralvorstandes angenommenen Ausschluß Protest eingelegt habe und kein Schiedsgericht beim Parteivorstand beantragt zu haben scheint. Der Parteivorstand ergreift in seinem Schreiben Partei für Legien. Der Zentralvorstand erhebt gegen dieses Gebaren des Parteivorstandes entschiedenen Protest und erwartet, daß in Zukunft der Parteivorstand in jedem Schiedsgerichtsverfahren den klaren Wortlaut des Parteistatuts achten wird.

Vom 6. Kreis lag ein Antrag auf Ausschluß des Genossen W. Heine vor. Derselbe wird zur weiteren Erledigung der Schiedsgerichtskommission überwiesen.

In Teltow-Beeskower Wahlkreisangelegenheiten berichtet Weise vom Geschäftsführenden Ausschuß, daß vom Parteivorstand eine Zuschrift eingegangen sei, worin derselbe zum Ausdruck bringt: der Zentralvorstand solle vermittelnd wirken; recht habe in dem ganzen Streit der alte Vorstand von Teltow-Beeskow; der provisorische Vorstand könne nicht anerkannt werden. Auf diese Zuschrift hin sei mit dem alten und dem provisorischen Vorstand eine Verständigung angebahnt worden. Der alte Kreisvorstand sollte an der am 9. Juli vom provisorischen Vorstand einberufenen Generalversammlung teilnehmen. Der alte Kreisvorstand lehnte dies mit der Motivierung ab, daß, wenn sie teilnehmen, dies eine Anerkennung der neuen Leitung sei, was sie nie zugeben würden. Hierauf machte der Geschäftsführende Ausschuß dem alten Kreisvorstand den Vorschlag, der auch heute der Zentralvorstandssitzung zur Annahme empfohlen werde, eine durch den Geschäftsführenden Ausschuß einzuberufende Generalversammlung für Teltow-Beeskow stattfinden zu lassen. Es müsse dann die am Sonntag, den 9. Juli, einberufene Generalversammlung aufgehoben werden. Der alte Kreisvorstand habe noch nicht zu dem Vorschlag Stellung genommen, jedoch habe speziell Genosse Groger diesen Vorschlag für gangbar und beachtenswert erklärt,

was der Hoffnung Raum gibt, eine Verständigung herbeizuführen.

In der Diskussion brachten alle Redner, bis auf die Genossin Dunder, welche befürchtet, daß dadurch der Anschein erweckt werde, als wenn der provisorische Vorstand sich im Unrecht befände, zum Ausdruck, daß durch den Vorschlag des Geschäftsführenden Ausschusses die Streitart im Kreise Teltow-Beeskow begraben werden könne.

Einstimmig wurde hierauf folgende Resolution angenommen:

„Unter der Voraussetzung, daß die Zentralvorstände der Teltow-Beeskower Wahlkreisorganisation (alter und provisorischer Vorstand) ihr Einverständnis erklären, wird der Geschäftsführende Ausschuß des Bezirksverbandes Groß-Berlin mit der baldigen Einberufung und der Leitung einer Generalversammlung des Teltow-Beeskower Kreises beauftragt.“

Ueber die Resolution der Verbandsgeneralversammlung, den „Vorwärts“-Konflikt betreffend, wurde, nachdem der Bescheid der Aktionsausschußsitzung vom 30. Juni bekanntgegeben, vom Genossen Eichhorn berichtet, daß der Parteivorstand sich grundsätzlich zu Verhandlungen bereit erklärt habe, jedoch habe derselbe den Wunsch geäußert, den Kreis zur Beratung nicht so groß zu machen. Es wird hierauf beschlossen, die Preßkommission unter Hinzuziehung des Geschäftsführenden Ausschusses und der Vertretung der Redaktion mit dieser Sachhandlung zu beauftragen. Die Verhandlung soll zum Ziel haben, den nach dem Organisationsstatut vorgeschriebenen Zustand wieder herzustellen.

Die Anstellung des Kassierers zeitigte eine kürzere Aussprache über die Form des zukünftigen Anstellungsmodus für die durch den Verband anzustellenden Sekretäre. Der Antrag des Aktionsausschusses, die Anstellung Herbst betreffend, wird hierauf einstimmig angenommen.

Neuerkommission betreffend. Vom Vertreter des 3. Kreises wird angefragt, in welchen Eigenschaften der Genosse Albold sich im Zentralvorstande noch befinde. Albold sei nicht mehr rechtmäßiger Vertreter des 3. Kreises in der Neuerkommission, sondern der Kreis habe einen anderen Genossen mit der Vertretung in dieser Kommission betraut. Wenn nun Albold nicht mehr Vertreter des Kreises sei, könne er auch nicht mehr als Obmann fungieren. Wenn die Neuerkommission den Wünschen der Kreise, entgegen allen früheren Entschlüssen bei Einrichtung des Vorwärts-Unternehmens, nicht Rechnung trage, dürfe der Zentralvorstand dieses Vorgehen nicht noch stützen, indem derselbe Albold als Vertreter zuziehe.

Der Vorstand beschließt demgemäß, Genossen Albold nicht mehr als Vertreter der Neuerkommission anzuerkennen und zuzuziehen.

Zentralvorstand.

Sitzung vom 14. Juli 1916.

Zur Teltow-Beeskower Kreisangelegenheit mußte nochmals der Vorstand Stellung nehmen, nachdem der alte Kreisvorstand sich dem Vermittlungsvorschlag des Zentralvorstands ablehnend und der provisorische Vorstand sowie die von diesem einberufene Generalversammlung am 9. Juli sich zustimmend erklärt hatten. Es wurde von allen Rednern, die dazu das Wort nahmen, zum Ausdruck gebracht, daß der Geschäftsführende Ausschuß unbedingt eine Versammlung im Interesse der Organisation einberufen müsse. Der Einspruch des Kreisvorstandes, daß der Zentralvorstand des Bezirksverbandes hier nicht eingzugreifen habe, da es gegen das Statut verstoße, indem jeder Kreis seine Angelegenheit selbst zu regeln habe, sei nicht stichhaltig. Letzten Endes sei, wie schon verfahren wurde in Niederbarnim — Streiffall Pantow —, der Zentralvorstand nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, da, wo es im Interesse der Organisation des Bezirksverbandes liege, eingzugreifen. Dies gehe auch unzweideutig aus dem Verbandsstatut hervor. Der alte Kreisvorstand klammerte sich nur an Sachen, die er schließlich selbst nicht aufrecht erhalten könne. Er ist nicht imstande, sich von der Schuld freizusprechen, die zerrüttenden Verhältnisse in Teltow-Beeskow mit verschuldet zu haben. Kein Vorstand habe das Recht, sich nur einzig und allein als Organisation zu fühlen und alle Beschlüsse und Anschauungen der Mitglieder zu mißachten und mit Füßen zu treten. Die Organisation sei nicht eines gewählten Vorstandes und deren Angestellten wegen da, sondern umgekehrt. Es würde wunderbar bestellt sein um die Rechte der Mitglieder in einer Organisation, wenn diese Praxis, wie sie der Kreisvorstand weiter übt, Platz greifen würde. Der Zentralvorstand müsse ganz entschieden Verwahrung einlegen gegen die Unterstellungen, die von verschiedenen Seiten der Mehrheitspolitiker gemacht werden, der Zentralvorstand triebe bewußte Spaltungspolitik. Das Gegenteil sei der Fall. Der alte Kreisvorstand habe, wie berichtet wurde, beim Parteivorstand das Ersuchen gestellt, ihm zu gestatten, eine neue Organisation in Teltow-Beeskow gründen zu können, was aber wohl abgelehnt worden sei. Im übrigen sei das Bestreben des Kreisvorstandes mit Vorbedacht betriebene Spaltung. Hinterher rufe man wie der berühmte Dieb: „Haltet ihn!“ Es gelangte ein Antrag zur Annahme, der besagt:

„Der Geschäftsführende Ausschuß wird beauftragt, Sonntag, den 23. Juli, eine Generalversammlung für den Kreiswahlverein Teltow-Beeskow einzuberufen, unter Einhaltung aller für diese Fälle in Frage kommenden Maßnahmen.“

Vom Mitglied im Parteiausschuß Genossen Stadthagen wird angeregt, die Stellungnahme zur einberufenen Sitzung des Parteiausschusses

am 20. und 21. Juli 1916 zu besprechen und gibt bekannt, welche Punkte er dort zu besprechen beantragen und in welchem Sinne er wirken werde. Der Zentralvorstand ist damit einverstanden.

Auf Mißbrauch von vertraulichen Besprechungen im Zentralvorstand werden Publikationen in der „Fackel“ und in der „Partei-Korrespondenz“ zurückgeführt, die im Jahre 1914/15 angeblich hier gemacht worden seien. Es müssen geheime Protokolle vorhanden sein. Von einer Seite wurde dieses mit dem Hinweis bestätigt, daß ein solches zur Verlesung in einer Versammlung gebracht worden sei. Es wurde allseitig zum Ausdruck gebracht, daß ein solches Gebaren skandalös sei. Folgende Resolution gelangte gegen eine Stimme zur Annahme:

„In der von dem Abgeordneten Wels redigierten „Fackel“ und in der vom Parteivorstand herausgegebenen und vom Abgeordneten Schöpflin redigierten „Partei-Korrespondenz“ befinden sich angebliche Äußerungen, die von einigen Genossen in vertraulichen Sitzungen des Zentralvorstandes gemacht worden sein sollen.“

Der Zentralvorstand brandmarkt die denunziatorische Erbärmlichkeit, die darin liegt, daß hinter dem Rücken von Genossen Äußerungen notiert werden, um sie nach Jahren in entstellter Form gegen sie auszuschlagen. Solches Verhalten ist in der Partei immer der allgemeinen Verachtung anheimgefallen; sie müssen wie alle Denunziationen als ehrlos zurückgewiesen werden.“

In die preussische Landeskommission wurde der Genosse Eichhorn mit 31 gegen 14 Stimmen delegiert.

In Sachen Teltow-Beeskow wurde der Geschäftsführende Ausschuß ermächtigt, sollten es die Umstände ergeben, ein Extra-Mitteilungsblatt herauszugeben.

Zentralvorstand.

Zentralvorstandssitzung am 28. Juli 1916.

Eine Zuschrift vom Parteivorstand, in welcher dem Zentralvorstand ein Flugblatt, den Aufruf „Arbeiter und Arbeiterinnen“ im „Vorwärts“ vom 27. Juli betreffend, empfohlen wird, ergab, nachdem von verschiedenen Seiten auf die besonderen Vorgänge, wie ein solcher Aufruf zustande komme, und auf den Unwillen, den ein solches Vorgehen des Parteivorstandes unter der Arbeiterschaft ausgelöst habe, hingewiesen worden war, daß von keinem Vertreter eines Kreises eine Verbreitung gewünscht wurde.

Bericht über die Sitzung des Parteiausschusses.

Die Sitzung des Parteiausschusses fand am 20. und 21. Juni statt. Als vorläufige Tagesordnung war vom Parteivorstand vorgesehen: „Die gegenwärtige Situation“ und in der Einleitung bemerkt: „Es ist beabsichtigt, unter diesem Punkt der Tagesordnung die politische Lage, die

Friedensmöglichkeit und die Situation in unserer Partei zu besprechen. Von verschiedenen Seiten ist bei uns angeregt, auch die Berufung eines Parteitagcs zu besprechen.“ Gegen diese vorläufige Tagesordnung erhob sich kein Widerspruch.

Die Zusammenetzung des Parteiaussschusses ist in § 20 unseres Statuts vorgesehen. Danach besteht er aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Er hat nur Gutachten zu erstatten. Bezirksvorstände sind in Deutschland 38 vorhanden, Landesvorstände 3 (Preußen, Bayern, Sachsen). Bei dieser Art der Zusammenetzung kann, selbst wenn alle Vertreter die Stimmung aus ihrem Bezirk wiedergeben, sich in den Beschlüssen des Ausschusses die Stimmung der Mehrheit der Partei kaum widerspiegeln. Denn die Zusammenetzung begünstigt die Minderheit in der Partei zuungunsten der Mehrheit der Bezirke. Z. B. entsendet, wenn man die dem letzten Parteitag vom Parteivorstand gegebenen Zahlen zugrunde legt, Groß-Berlin mit 118 828 organisierten Parteigenossen nur einen Vertreter, während z. B. der Bezirk Oldenburg mit 8741, Kassel mit 6421, Westpreußen mit 3472, Posen mit 1069, Breslau mit 19 191, Görlitz 8283, Ober-Langensielau mit 11 998, Rattowitz mit 3237, Nord-Bayern mit 44 724, Süd-Bayern mit 28 425, die Pfalz mit 11 547, auch je einen Vertreter entsendet. Bayern hat also, da es auch einen Vertreter der Landesorganisation entsendet, niowohl es an organisierten Genossen nur 70 Proz. gegenüber Groß-Berlin hat, insgesamt vier Vertreter. Oberschlesien hat mit etwa ein Drittel Genossen gegenüber Berlin ebenfalls vier Vertreter. Es haben also kleine Bezirke teilweise das Vierfache, Zehnfache und Zwölffache der Vertretung gegenüber von Groß-Berlin.

An der **Parteiausschuss-sitzung** nahmen auch die Mitglieder des Vorstandes der Sozialdemokratischen Fraktion teil, ebenso Legien und Cohen von der Generalkommission, Bock und Ernst als Vertreter der Kontrollkommission, Heinrich Schulz, Hänisch, Schöpflin und Eichhorn als Vertreter der von ihnen im Auftrage des Parteivorstandes herausgegebenen Erzeugnisse. Ferner war für die Preußische Landeskommission Theodor Fischer als Vertreter des behinderten Böske anwesend. Von mir wurde beantragt, einen Vertreter des „Vorwärts“ zuzuziehen. Der Antrag wurde abgelehnt. Außerdem beantragte ich an Stelle des als Vertreter des Preußischen Landesvorstandes nicht anzusehenden Theodor Fischer, dem Parteistatut und dem Statut der Partei für Deutschland und dem für Preußen entsprechend, den **Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses von Groß-Berlin heranzuziehen**. Nach § 20 des Organisationsstatuts für Deutschland wählen die Landesorganisationen ihren Vertreter zum Parteiaussschuß „aus ihrer Mitte“. Theodor Fischer ist unzweifelhaft nicht mehr Mitglied des preussischen Landesvorstandes. Nach § 3 des Organisationsstatuts der Land-

organisation für Preußen fungiert als geschäftsführender Ausschuß der Landeskommission der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer der Organisation Groß-Berlins. Mein von mehreren Seiten unterstützter Antrag wurde abgelehnt, nachdem Genosse Ebert erklärt hatte, die Landeskommission habe Böske und als seinen Vertreter Fischer gewählt und noch keine andere Wahl getroffen. Deshalb habe der Parteivorstand den (der Landeskommission nicht angehörigen) Genossen Böske einladen müssen.

Die **Vormittags-sitzung des 20. Juni** wurde durch ein etwa 2¼stündiges Referat des Genossen Ebert über die politische Situation ausgefüllt. In dem Referat besprach er die **Ernährungsfrage**, einige **parlamentarische Abstimmungen**, und ging im Anschluß an die Frage der **Kriegskredite** auf die **Kriegszielfrage** und dann auf die **inneren Verhältnisse** in der Partei ein. Seine Darlegungen bestanden im wesentlichen aus Angriffen gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die Spartakusgruppe und die Opposition. Am Schluß erörterte er die Frage eines Parteitages oder einer Reichskonferenz. Aus seinem Referat sei folgendes angeführt: In der **Ernährungsfrage** seien große einheitliche Vorstöße unmöglich, weil der Belagerungszustand in den einzelnen Teilen zu verschieden sei. Nach Möglichkeit müßten die Ernährungsschwierigkeiten im Rahmen des Belagerungszustandes bekämpft werden. Ausführlich schilderte er Mängel, Mißgriffe und Unterlassungen der Reichsregierung und führte die Tatsache nochmals vor Augen, daß in allen entscheidenden Fragen, insbesondere als es sich um die Preishöhe handelte, die sozialdemokratischen Vertreter in dem Ernährungsbeirat in ver-schwindender Minderheit geblieben waren. Parteivorstand und Generalkommission hätten unter dem 19. Juli erneut eine Eingabe an den Reichskanzler in der Ernährungsfrage gerichtet. Differenzen und Gegensätze in der Ernährungsfrage hätten sich zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nicht gezeigt. Es sei deshalb charakteristisch, daß der „Vorwärts“ auch Lebensmittelfragen durch sein Stimmungsbild über die Reichstagsrede über den Genossen Hoffmann zum Gegenstand der Parteigegegensätze der Partei gemacht habe. Dann ging Ebert auf **einige parlamentarische Abstimmungen** der Gemeinschaft ein. Er unterließ die Anführung der von der Arbeitsgemeinschaft angeführten Gründe für ihre Abstimmung und begnügte sich damit, die Motive der Abstimmung zu verdächtigen. Zum Beispiel erklärte er: die Arbeitsgemeinschaft habe gegen die **Bereinsgesetznovelle** gestimmt: „Es hätte ja sonst keinen Sinn gehabt, die Spaltung herbeizuführen“, wenn sie nicht diese Taktik beobachten wollte. Sie sei mit konservativen und nationalliberalen Hebern gemeinsam gegangen. Sie habe eine leere De-

monstrationspolitik getrieben, weil nicht alle Forderungen in dem Gesetz erfüllt waren. Einen ähnlichen Krieg mit der Wahrheit, wie wir ihn vor dem Krieg von bürgerlichen Gegnern der Sozialdemokratie gewohnt waren, führte Ebert auch in vielen anderen Ausführungen gegen die Arbeitsgemeinschaft und die Opposition. Die wesentlichsten seiner Ausführungen seien an der Hand stenographischer Notizen wiedergegeben. Er führte aus: Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft habe die Gegensätze durch ihre **Ablehnung des Kapitalabfindungsgesetzes** auch in die Fürsorge für die Kriegsverletzten hineingetragen; die persönliche Freiheit sei durch die Arbeitsgemeinschaft habe hier einen Mangel an sozialem Verständnis gezeigt und gesucht, durch Wortradikalismus praktische Arbeit zu ersetzen. Die Ablehnung der **Kriegsgewinnsteuer** durch die Arbeitsgemeinschaft sei eine unverantwortliche und unehrliche Politik, aber dann durch den Artikel „**Arbeit und Wahrheit**“ im „Vorwärts“ glorifiziert worden. Davon, daß die Arbeitsgemeinschaft eine wirkliche Kriegsgewinnsteuer forderte, sprach Genosse Ebert ebensowenig wie davon, daß die Sozialdemokratische Fraktion die dahin gerichteten Anträge ablehnte, oder von den Gründen, die die Arbeitsgemeinschaft für ihre Stellung angeführt habe. Im Gegenteil behauptete er, wenn es nach der Arbeitsgemeinschaft gegangen wäre, wären die Spekulanten und Wucherer ungeschoren geblieben. Die **Kriegskredite** hätten bewilligt werden müssen. Die schweren Anstürme auf allen Fronten, die Lage zur See, wo England den Welthandel in der Hand habe und immer stärker auf Griechenland, Rumänien, Schweiz, Schweden, Holland und andere neutrale Staaten drücke, sowie die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz zeigen, daß von unserer Seite ein **Verteidigungs- und nicht ein Eroberungskrieg** geführt werde. Bezüglich der **Kriegsziele** seien die Anexionisten aufs äußerste erzürnt über Scheidemanns Darlegungen in Breslau. Der Reichskanzler habe die Forderung der sechs Verbände entschieden und glatt abgewiesen und sich auf die Grundlinien der alten Bismarckschen Praxis berufen. Den Silbentechereien der Opposition stehen die Tatsachen gegenüber, daß der Kanzler sich zur Friedenserklärung bereit erklärt hat. Am vorbehaltlosesten sei seine dritte Erklärung in der amerikanischen Note. Dort werde von „einem Frieden, der die Lebensinteressen Deutschlands sichert“ gesprochen. Was sei dagegen einzuwenden? (In der Debatte wurde betont, daß dagegen einzuwenden sei, daß darunter sich alle möglichen Absichten, insbesondere der Anexionisten verstanden werden können.) Auf der anderen Seite sehen wir bei den Gegnern die Ablehnung jeder Friedensbereitschaft, und trotzdem erklärte Ledebour, man müsse auf alle Anexionen ausdrücklich verzichten. Würde der Kanzler eine

solche Erklärung abgeben, so würde das den Kriegswillen der Gegner stärken. Der Ausdruck Faustpfänder sei mißdeutet worden, im übrigen sei in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 7. Juli dargelegt: Es stehe Faustpfand gegen Faustpfand.

Was die **Situation in der Internationale** anlangt, so scheine in der französischen Partei eine Aenderung vor sich zu gehen. Ueber die Stellungnahme zu der Haager Konferenz habe in Wien eine Konferenz stattgefunden. Jede Partei werde besonders antworten, Deutschland werde eine Denkschrift mit allen Erklärungen der Partei zum Krieg und Frieden dort hinsenden.

Ebert ging nun auf die **inneren Verhältnisse unserer Partei** ein. Durch die Fraktionspaltung und Taktik der Arbeitsgemeinschaft seien die Gegensätze noch verschärft, außerdem bestehe eine Miniarbeit gegen die Parteiorganisation, um die Partei lahmzulegen. Es werde ein Verleumdungsfeldzug gegen alle im Vordergrund stehenden Genossen geführt. Der Spartakusgruppe kommt es nicht darauf an, in der Partei zu bleiben, sie habe ihre Sondergruppe, die „Internationale“. Ihre Vertreter begründeten die auf der Reichskonferenz aufgestellten Grundsätze, diese Leute schoben also das Parteistatut beiseite und gründeten eine Sonderorganisation. Genossin Luxemburg habe in der Preßkommission ja erklärt, daß ihre Gruppe die Beitragsperre propagiere. Ferner wies Ebert auf den Antrag Luxemburg in der Berliner Generalversammlung hin und meinte dann: „Da, wo die Gruppe die Mehrheit hat, wie in Lichterfelde und Neukölln, zieht man sich zurück, so daß die Beitragsperre gar keine Beitragsperre sei.“ Die Gruppe unter Adolf Hoffmann habe ja auch in dem Flugblatt gegen die Spartakusgruppe offen ausgesprochen, daß sie eine Organisation bilde. Wo es möglich ist, dringe diese Gruppe hinterhältig in die eigentliche Organisation ein. In Hamburg habe unter dem Deckmantel einer Bezirksorganisation eine Partei Herzfeld in der Versammlung aufgefordert, die Funktionäre rücksichtslos von der Bildfläche fortzujagen. In Neurode sei im Auftrage der Sonderorganisation Bogtherr und zwei Genossen erschienen und haben sich gegen die Maßnahmen der Kreisorganisation gemeldet. Dann habe die Verbreitung eines Flugblattes stattgefunden, in dem für eine Kandidatur Adolf Hoffmanns Stellung genommen werden sollte. In Breslau sei Ledebour in einer öffentlichen Versammlung gegen den Willen der Organisation erschienen, habe Parteidifferenzen hineingezerzt und so das Ansehen der Partei geschädigt. Die Gruppe halte auch Reichskonferenzen ab, auch in den einzelnen Bezirken, z. B. kürzlich in Halle, wo Eichhorn referierte. (Zwischenruf Eichhorn: „Das war keine Sonderkonferenz!“) Dann war es also, meint Ebert,

ein Kaffeekränzchen. Er fährt dann fort: „Diese Leute haben ja gar nicht den Mut, zu vertreten, was sie seit Monaten tun; das ist die systematische, feige Hinterhältigkeit.“ Den anonymen Eudelschriften ständen die schlimmsten demagogischen Machwerke des Reichsverbandes turnhoch gegenüber. Eine Tatsache wolle er anführen. In Dresden habe ein langjähriger Geschäftsführer schwere Untreue verübt, wenn auch der Schaden nicht allzu schlimm sei, da zum großen Teil Deckung vorliege, so stimmen wir doch stets dahin überein, daß das ein schmachlicher Mißbrauch der Stellung ist. Dies Vorkommnis werde zum Gegenstand eines Flugblattes mit der Ueberschrift: „Eine gebrochene Ordnungssäule“ gemacht. In diesem Flugblatt heiße es, kann man nicht auch politischen Betrug verüben? Der eine Walfsisch ist erledigt, es gibt noch viele; sagt ihnen, daß sie eben solche Fälscher und Betrüger sind. (In der späteren Debatte wurde von keiner Seite dies, wohl nur in Dresden bekannte Flugblatt verteidigt, im Gegenteil allgemein verurteilt.)

Die Parteigegegensätze werden auch in die Jugendbewegung hineingetragen. Ebert geht hierbei auf Spartakusbrieve ein und auf die Zeitungsgründung in Braunschweig. Merkwürdig sei, daß Antrick, der in der Preßkommission sitze, dem Vorstand keine Mitteilung gemacht hatte. Jugendliche hätten sich hilferingend an den Vorstand gewendet; er erinnere sich an Antricks Brief, in dem über Mäuse in seinem Bureau dem Vorstand gegenüber geklagt wurde. Der Brief sei noch im Bureau; wer solche Dinge dem Vorstand mitzuteilen für nötig hält, hätte doch die Jugendsache erst recht mitteilen müssen. (Antrick legt durch Zwischenruf und nachher in der Debatte dar, daß er weder Preßkommissionsmitglied sei, noch je einen Mäusebrief an den Vorstand gerichtet habe, er verlangte Vorlegung desselben. Ebert zog sich in seinem Schlußwort zurück: Der Brief sei nicht mehr da, auch sei er gar nicht an den Vorstand gerichtet gewesen, sondern an ein Mitglied des Vorstandes. Auch das bestritt Antrick in einem Zuruf. Diesen Mäusekrieg erwähne ich, wiewohl ich auf alle Widerlegungen, die auf Ebertsche Darlegungen in der Debatte erfolgten, nicht eingehen will, lediglich weil er die kleinliche, lediglich persönliche, von jeder Sachlichkeit befreite Kampfart des Referenten des Parteivorstandes charakterisiert.) Ebert führte dann noch an, es werde Sorge getragen werden, daß das „Mitteilungsblatt“ verbreitet werde, und es sei eine Reichskonferenz für die Jugendlichen für die nächsten Monate in Aussicht genommen.

Das Bild, das er gegeben habe, sei nicht vollständig, aber trübe, es zeige die Zerrüttung und Zermürbung der Partei. Die Partei werde durch die Treibereien in ihrer Aktionsfähigkeit lahmgelegt. Wir verzehren unsere Kräfte in den

persönlichen Streitigkeiten. Die Folge sei Aktionsunfähigkeit und daß Tausende, angeekelt, der Partei den Rücken kehren. In dieser Situation sei bei dem Vorstand die Berufung des Parteitages angeregt. Diese Anregungen seien zu neuer Hege benutzt. In der letzten Sitzung der Landeskommission sei man mit der Anregung der Berufung eines Parteitages dringlich an den Vorstand herangetreten. Damals sei er noch dagegen gewesen. In der Kontrollkommission sei ein gleicher Antrag Timm mit 4 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Timm habe dann dem Parteivorstand in der gemeinschaftlichen Sitzung die Gründe für die Berufung dargelegt. Nach Eberts Ansicht habe sich die Situation jetzt geändert, weil große Bezirke sich an die Abmachungen nicht mehr kehrten. Berlin habe noch im Juni die Einberufung einer Generalversammlung abgelehnt, jetzt nach Rienthal aber den Bezirksparteitag berufen. Die Gesamtpartei habe bisher die Einberufung von Generalversammlungen abgelehnt. (In der Diskussion wurde dies von mehreren Rednern bestritten, es entspricht ja auch nicht der Wahrheit). In Berlin sei man sogar so verfahren, daß man erklärt habe, wenn auch keine Reden gehalten werden können, müsse die Generalversammlung stattfinden, um die Wahlakte zu vollziehen. Die Verwahrung der Minderheit gegen dieses Vorgehen sei im „Vorwärts“ unterdrückt. (Das Gegenteil ist wahr.) In Frankfurt habe es ähnlich gelegen. Da habe er sich gesagt, unter diesen Umständen hat die Frage ein anderes Gesicht. Was sei aber daraus gemacht? In längeren Ausführungen, die mit deutlichen Vorwürfen gegen Voß gespickt waren, wendet sich Ebert gegen einen Artikel im „Gothaischen Generalanzeiger“, den er als von einem Mitglied der Kontrollkommission inspiriert und als ein „durch und durch verlogenes Machwerk“ bezeichnet. (In der späteren Debatte wurde Voß, der sich zum Wort gemeldet hatte, das Wort abgebrochen.)

Der Burgfriede, meinte Ebert, sei in der Partei gebrochen, nach den Abmachungen hätten Wahlen während des Krieges nicht vorgenommen werden sollen. (Welche Abmachungen das sein sollen, weiß ich nicht; in der Debatte wurde bestritten, daß solche Abmachungen getroffen sind.) Er würde es lebhaft begrüßen, wenn die Möglichkeit gegeben wäre, einen Parteitag einzuberufen, und zwar um eine Aussprache herbeizuführen. Dem Parteivorstand, der als Bande, Strolche usw. hingestellt wird, liege daran, endlich mal abzurechnen, um der Partei zu zeigen, „daß wir Mutz und Manns genug sind, um zu unseren Taten zu stehen“. Der Parteitag solle nicht stattfinden, um über die Kriegsfrage zu entscheiden. Voraussetzung für die Einberufung sei unter allen Umständen natürlich freie Aussprache aller Genossen. Wäre die freie Aussprache möglich, so würde er keinen Augenblick zögern, den Parteitag einzuberufen. Ob die Parteigenossen da

zertern, sei ihm gleichgültig. Sehr zweifelhaft sei, ob diese Möglichkeit gegeben sei. Fest stehe, daß die Generalversammlung des Bundes der Landwirte und ebenso die Katholikentage zurückgestellt werden mußten. Richtig sei, daß die Berliner Generalversammlung stattfinden konnte, sogar mit Genehmigung. Aber das verschlage nichts. Er sei zu der Ueberzeugung gekommen, diese Treibereien in der Partei sehe man nicht nur bei den bürgerlichen Parteien, sondern auch in den Regierungskreisen mit Schmunzeln. Er sei sehr im Zweifel, ob deshalb, weil die Berliner Generalversammlung genehmigt sei, auch der Parteitag genehmigt werde. (Für einen Genossen, der in Berlin lebt und die Reichstagsvorgänge kennt, ist diese Art der Entstellung der Verhältnisse ein starkes Stück. Erinnert sei nur daran, daß im Reichstag gegen das Verbot der Berliner Versammlungen aufs schärfste protestiert werden mußte und dargelegt werden konnte, daß die Zensurbehörde einen Artikel mit der Bemerkung ablehnte: „Abzulehnen, geht gegen die Mehrheit.“)

Vielleicht werde eine andere Form der Aussprache möglich sein: eine **Konferenz aller Wahlkreise** unter Zuziehung von Redakteuren. Natürlich könnte diese Konferenz keine bindenden Beschlüsse fassen. Die Situation sei außerordentlich ernst, es seien Mittel und Wege zu suchen, um den Zusammenbruch und den Zerfall der Partei zu verhüten.

Es wurde beschlossen, die
Debatte

in drei Teile zu zerlegen: **Ernährungsfrage, Kriegs- und Friedensfragen, innere Parteifragen.**

In der Debatte über die **Ernährungsfrage** entwarfen die meisten Redner Situationsbilder aus ihren Bezirken und machten einige Anregungen. Von der linken Seite wurde betont, daß planmäßig vorgegangen werden und überall etwas geschehen müsse. Diesem Verlangen schlossen sich auch einige Redner der Rechten an. Genosse **Gottschalk** (Königsberg) verlangte durch folgende **Resolution** eine solche Aktion:

„Der Kriegswucher mit Nahrungsmitteln erbittert überall im Lande die Bevölkerung. Regierung und Kommunalbehörden betreiben fast ausnahmslos eine verderbliche Zauderpolitik. Alle Maßnahmen werden fortdauernd zu spät und dann auch nur zögernd und unzureichend getroffen. Die seit Kriegsbeginn wiederholte der Regierung unterbreiteten Ratschläge des Parteivorstandes und der Generalkommission werden in den Wind geschlagen. Offen erweist sich die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die Volksernährung sicherzustellen und die Neigung der Behörden, dem Einfluß der Produzenten und Händler nachzugeben, zum Schaden der Konsumenten.“

Demgegenüber wächst die Aufgabe unserer Partei, die Unzulänglichkeit der kapitalistischen

Wirtschaftsordnung planmäßig und allerorts aufzudecken, ihr unsere Forderungen gegenüberzustellen, insbesondere die Forderungen gemeindeweiser und staatlich geregelter Produktion und der Rationierung aller Massenlebensmittel unter voller Berücksichtigung der erhöhten Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung; ferner mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dem Unwillen der Bevölkerung Ausdruck, Ziel und Richtung zu geben und die Behörden zu durchgreifendem Handeln anzuregen.

Der Parteiausschuß erucht daher den Parteivorstand, bei der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers sich nicht mit Eingaben an die Regierung zu begnügen, sondern die Massen planmäßig für unsere Forderungen anzubieten. Zu diesem Zwecke sollen die Parteiorganisationen aufgefordert werden, überall und fortgesetzt auf die kommunalen und Militärbehörden durch Eingaben, persönliche Vorstellungen und Frauendeputationen einzuwirken, sowie eindrucksvollere Demonstrationen des Volksumwillens, soweit möglich, zu veranlassen.“

Bemerkenswert ist, daß in der Debatte verschiedene Redner der Rechten die Berechtigung und Erklärlichkeit von Streiks anerkannten. So führte König aus, in seinem Gebiet sei gestreift, weil die Verwaltung keinen Zusatzpekt gab, Weims (Magdeburg) fand es begreiflich, wenn wegen Unterernährung in den Streik getreten wurde. Entschieden gegen den Streik wendete sich **Braun** (Parteivorstand). Ein Massenstreik ließe sich nur durchführen, wenn die Partei dahinter stände. Er würde die Verantwortung für einen solchen Streik in dem Moment nicht übernehmen können, wo der Krieg an den Grenzen tobt. Auch **Ebert** wendete sich in seinem Schlusswort gegen einen Streik. Derselbe würde Straßenkämpfe inszenieren; wir ständen dann vor einer Mauer, gegen die wir nicht ankönnen.

Um 7¼ Uhr abends wurde die Debatte über die Ernährungsfrage auf Antrag Thöne gegen eine größere Minderheit — Ebert sprach gegen Schluß — geschlossen. Am folgenden Tage lief der **Antrag Keil** zur Ernährungsfrage ein. Dieser im „Vorwärts“ in dem offiziellen Bericht aus dem Parteiausschuß mitgeteilte Antrag wurde einstimmig angenommen, der **Antrag Gottschalk** gegen 10 Stimmen **abgelehnt**.

Beim zweiten Gegenstand der Tagesordnung „**Krieg und Frieden**“ sprach sich eine große Reihe von Rednern, darunter auch Anhänger der Ansicht, wir führten nur einen Verteidigungskrieg, so z. B. Löbe (Breslau) dafür aus, daß zugunsten des Friedens, insbesondere gegenüber der Agitation für Annexionen, mehr getan werden müsse, die vom deutschen Nationalausschuß und den Ueberannexionisten vom 1. August ab einzelen solle. Einer Reihe Genossen schien unbekannt zu sein, daß der Nationalausschuß das Ziel des Reichskanzlers sich zu eigen ge-

macht hat: „Vortragung der Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen, ohne beides kein Frieden und kein Aufgeben der besetzten Landesteile.“ Diese Ziele wurden aus dem Auftruf vorgetragen.

Anträge wurden nach dieser Richtung folgende gestellt:

1. **Antrag Stadthagen:** „Der Parteiauschuß verlangt, daß in ganz Deutschland seitens der sozialdemokratischen Partei eine energische Aktion für einen schleunigen Frieden entfaltet werde, die auf der Grundlage beruht, daß keinerlei Annexionen oder sonstige politische oder wirtschaftliche Vergewaltigung eines Volkes von irgendeiner Seite vorgenommen wird.“

Der Ausschuß hofft, daß die Proletarier aller Länder im gleichen Sinne vorgehen.“

2. **Antrag Fleißner:** „Gegenüber den in bürgerlichen Kreisen und Parteien herrschenden Anschauungen, wie sie in der Presse und durch Beschlüsse bürgerlicher Parteien zum Ausdruck kommen, erklärt der Parteiauschuß:

Gegen Annexionsbestrebungen ist vom sozialdemokratischen Standpunkt schärfster Protest einzulegen, da sie den Widerstand der gegen Deutschland Krieg führenden Länder noch mehr herausfordern und die Gefahr eines Krieges bis zur völligen Erschöpfung vermehren. Die Sozialdemokratie hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annexionen, die nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben.

Wir fordern die Parteigenossen aller Länder auf, unter allen Umständen für schleunigste Herbeiführung des Friedens zu wirken, damit dem fürchterlichen Menschenmorden endlich Einhalt getan wird.“

Diese beiden Anträge wurden zwecks Vereinfachung bei der Abstimmung dann in folgender Resolution Fleißner-Stadthagen vereinigt:

„Gegenüber den in bürgerlichen Kreisen und Parteien herrschenden Anschauungen, die in der Presse und durch Beschlüsse der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck kommen, erklärt der Parteiauschuß:

Gegen Annexionsbestrebungen ist vom sozialdemokratischen Standpunkt schärfster Protest einzulegen, da sie den Widerstand der gegen Deutschland Kriegführenden Länder noch mehr herausfordern und die Gefahr eines Krieges bis zur völligen Erschöpfung vermehren. Die Sozialdemokratie hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annexionen sowie politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigungen eines Volkes von irgendeiner Seite, denn diese werden nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben.

Wir fordern die Parteigenossen aller Länder auf, unter allen Umständen für schleunigste Herbeiführung des Friedens zu

wirken, damit dem fürchterlichen Menschenmorden endlich Einhalt getan wird.

Der Parteiauschuß verlangt, daß in ganz Deutschland die sozialdemokratische Partei eine energische Aktion für einen schleunigen Frieden auf der in dieser Resolution dargelegten Grundlage entfaltet.“

3. **Antrag Löbe:** „Der Parteiauschuß ersucht den Parteivorstand, eine allgemeine Volksbewegung für den baldigen Frieden, der nicht von Eroberungen abhängig ist, einzuleiten. Diese Aktion, die durch Versammlungen und Flugchriften, eventuell durch eine Massenpetition zu betreiben ist, soll spätestens gleichzeitig mit den Veranstaltungen des Nationalausschusses beginnen.“

Auf der anderen Seite lief ein **Antrag Auer** ein und ein von David wohl angeregter, von Thöne gestellter Abänderungsantrag zu diesem Antrag, der noch deutlicher als der Antrag Auer den Annexionstreibern in der Partei die Türen öffnet. Der Antrag lautet:

„Gegenüber den in bürgerlichen Kreisen und Parteien herrschenden Anschauungen, wie sie in der Presse und durch Beschlüsse bürgerlicher Parteien zum Ausdruck kommen, erklärt der Parteiauschuß:

Unter Aufrechterhaltung der von der Reichstagsfraktion und dem Parteiauschuß aufgestellten Richtlinien für den Friedensschluß ist gegen die Forderung der Eroberungspolitik, die den Widerstand der gegen Deutschland Krieg führenden Staaten noch mehr herausfordern und die Gefahr eines Krieges bis zur völligen Erschöpfung steigern, schärfster Protest einzulegen.

Die Sozialdemokratie hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annexionen sowie jeder politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Volkes von irgendeiner Seite; denn diese würden nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben.

Wir fordern die sozialistischen Parteien aller Länder auf, für schleunige Herbeiführung des Friedens zu wirken, damit dem fürchterlichen Menschenmorden endlich Einhalt getan wird.“

Der Unterantrag Thöne zu diesem Antrag geht dahin:

„Hinter Absatz 3 der Resolution Auer wird eingefügt: Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes, die Sicherung seiner politischen Unberührtheit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müsse.“

Für die **Ablehnung aller Resolutionen** trat unter Berufung auf sein Vertrauen zum Parteivorstand der Genosse Timm ein. Nachdem Scheidemann und Ebert Erklärungen abgegeben hatten, zog Löbe seinen Antrag mit Rücksicht

auf diese Erklärungen zurück. Ebert hatte ausgeführt: „Ich glaube sagen zu dürfen, wenn der Nationalausschuß eine Versammlungskampagne oder eine andere Aktion ins Werk setzt, so muß selbstverständlich eine Gegenaktion eingeleitet werden. Aber der Antrag Löbe legt bereits fest, was im einzelnen geschehen soll, das können wir im einzelnen noch nicht feststellen.“

Aus der Debatte mag hervorgehoben werden, daß nebst Sebering der Genosse Bauer sich dem Nationalausschuß zur Verfügung gestellt habe. In der Debatte erklärte Scheidemann: „Die Regierung stehe nicht hinter den Annexionisten, wenn sie, was die Annexionisten wollen, desse, so würde die schärfste Gegnerkraft gegen die Regierung nötig sein. Das Ausland sei über die deutsche Friedensbereitschaft in Kenntnis, wolle aber keinen Frieden, sondern seine eigenen Ziele. Es stehe fest, daß der Reichskanzler kein Annexionspolitiker ist.“ Wir könnten jetzt, wo die Offensive im vollsten Gange ist, nicht sagen, wir wollen nicht annectieren. Wir müssen die Agitation für den Frieden machen, aber den richtigen Augenblick abwarten. Er glaube, der Augenblick sei sehr nahe. Wenn der Nationalausschuß Freiheit habe, dann müßten wir auch vorgehen.

Bei der am Schluß der Tagung erfolgten Abstimmung zu den Resolutionen über die Friedensfrage wurde der Antrag **Fleißner-Stadthagen** gegen 12 Stimmen abgelehnt. Das **Amendement Thöne** wurde mit Mehrheit und die so gestaltete **Resolution Auer** gegen 8 Stimmen angenommen.

Zu dem dritten Tagesordnungspunkt sprachen sich fast alle Redner gegen einen Parteitag aus. Für diese Debatte waren leider ebenso wie für die Debatte über Krieg und Frieden nur 10 Minuten Redezeit vorgesehen. Da in diese Debatte alle Streitigkeiten und die Fülle von Angriffen Eberts, sowie die gegen den Vorstand und die rechte Seite zu erhebenden Vorwürfe fielen, war diese Zeit für die Minderheit viel zu kurz. Ich konnte daher leider nur auf den einen Punkt eingehen, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion unter Bruch von Parteitagbeschlüssen die Minderheit hinausgedrängt, den von Parteitag abgelehnten Fraktionszwang proklamiert und die Spaltung, wenn man auch nur die formelle Seite betrachte, herbeigeführt habe. Ich meldete mich dann noch einmal zum Wort. Es wurde aber mit 23 gegen 10 Stimmen Schluß gemacht, obwohl nur vier Minderheitsvertreter gesprochen hatten. Im **Schlusswort** meinte Ebert, eine freie Aussprache aller Teilnehmer müsse natürlich garantiert sein, seiner Ansicht nach sei der Widerspruch der Opposition unhaltbar, man könne auch nicht sagen, daß unter keinen Umständen unter dem Belagerungszustand ein Parteitag einberufen werde. Es könne eine Situation eintreten, wo unter allen Umständen ein Parteitag

stattfinden müßte. Es sei von der Opposition nicht zu begreifen, wenn der Vorstand Rechenschaft ablegen und das Mandat zurückgeben wolle, zu erklären: ihr seid Lumpe und Schufte, aber ihr müßt das Mandat behalten. (In der Diskussion hat niemand eine Aeußerung gemacht.) Unter den jetzigen Umständen werde nur eine **Reichskonferenz** möglich sein, für diese müsse die Möglichkeit offener und freier Aussprache vorliegen. Wie die Reichskonferenz zusammenzusetzen sei, sei noch nicht klar. Er denke sich etwa: Parteivorstand, Parteiausschuß und eine Vertretung der Parteiorganisationen. Welchen Maßstab man wähle, würde noch zu erwägen sein. Der jetzige Mitgliederstand sei zu berücksichtigen. Ob man die Redakteure hinzuziehe, sei eine Frage für sich. Er meine, der Parteivorstand müsse solchen Plan besprechen, und dann werde der Parteiausschuß noch mal nach Berlin berufen werden, um seine Ansicht über den Plan kundzutun. Die Konferenz könne keine für die Partei bindenden Beschlüsse fassen, nur persönlich könne er sagen, es komme uns darauf an, über unsere Tätigkeit Rechenschaft zu legen und uns mit den Treibereien auseinander zu setzen, die zur Zerstörung der Partei führen müssen. Der Antrag Meyer (Rüstringen):

Der Parteiausschuß hält die baldige Einberufung eines Parteitags zur Wiederherstellung eines geordneten Parteilebens dringend erforderlich. Da indessen die Gewähr für eine ungehinderte Vorbereitung und für eine uneingeschränkte Aussprache auf einem Parteitage zurzeit nicht gegeben ist, empfiehlt der Parteiausschuß dem Parteivorstande die Einberufung einer Konferenz der Parteiorganisationen, um der fortschreitenden Zerrüttung der Partei vorzubeugen. wurde gegen 12 Stimmen angenommen.

In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit dem Vorgehen des Vertreters von Groß-Berlin einverstanden. Bedauert wurde einmütig, daß die von Stadthagen, Fleißner und Gottschalk gestellten Resolutionen keine Annahme gefunden hatten. In diesen Resolutionen sei das klar zum Ausdruck gebracht, was alle Vorstandsmitglieder fordern und für das Wohl der Parteeinheit erspriehlich halten. Gefordert wurden allseitig baldigste Versammlungen und Eingaben zur Frage der Nahrungsmittelverhältnisse. Der Ausschuß der Gemeindevertreter soll zugezogen werden. Auch sollen Versammlungen über das Thema: „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres“ abgehalten werden. Der Geschäftsführende Ausschuß wird beauftragt, eine solche Versammlung zum 1. August einzuberufen.

Eine **Reichskonferenz der Frauen** soll nach Anträgen vom 1. und 4. Kreis beim Parteivorstand beantragt werden. Der Zentralvorstand beschließt nach kurzer Debatte: die Kreise sollen Stellung dazu nehmen.

Die Abbestellung der „Partei-Korrespondenz“ ist nach den Berichten der Vertreter der einzelnen Kreise eingehend dort besprochen. Fünf Kreise sind für Aufhebung der Lieferung, drei Kreise dagegen. Hiermit war die Abbestellung beschlossen. Eine Abstimmung im Zentralvorstand, die auf Antrag stattfand, ergab dasselbe Resultat.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Verbandsbureau, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen.

Die Bureauzeit ist vom 1. August ab vormittags von 9 bis 11 Uhr, nachmittags von 4 bis 7 Uhr.

Alle Zuschriften, Verbandsgeschäfte Groß-Berlins betreffend, sind an Hermann Weise, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen, zu richten.

Geldsendungen, den Verband Groß-Berlin und die ihm angeschlossene sozialdemokratische Kinderschutzkommission sowie das Arbeiterbildungsfekretariat betreffend, sind nur an Richard Herbst, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen, zu adressieren.

A. Aktionsauschuß:

- Adolf Hoffmann, D. 27, Blumenstr. 22, 1. Vorsitzender. Fernsprecher: Amt Königstadt, 563 (Nebenanschluß).
- Karl Reid, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Vorsitzender.
- Hermann Weise, SW. 68, Lindenstr. 3, Schriftführer. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, 4740—4741.
- Richard Herbst, SW. 68, Lindenstr. 3, Kassierer. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, 4740—4741.
- Karl Petermann, SW. 68, Ritterstr. 49.
- L. Jacubowski, SW. 47, Kreuzbergstr. 72.
- Mathilde Wurm, W. 35, Steglitzer Str. 45.
- Justin Braun, Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Str. 69.
- Paul Hoffmann, D. 34, Gubener Str. 5.
- Hermann Varenthin, D. 17, Stralauer Pl. 10/11.
- Otto Gallas, ND. 43, Georgenkirchstr. 48.
- Otto Meier, NW. 21, Stromstr. 42.
- Minna Lohje, N. 58, Oderberger Str. 20.
- Minna Reichert, NW. 52, Lüneburger Str. 7 IV.
- Dr. Meyer, Steglitz.
- Max Zirkel, Neufölln, Weigandufer 7.
- Otto Glöckner, D. 112, Gryhinsstr. 34 III.
- Emilie Brühl, D. 112, Neue Bahnhofstr. 31 III.
- Emil Eichhorn, ND. 18, Langenbeckstr. 9 III.
- Obmann der Preszkommission.
- Gustav Laufant, N. 39, Nordufer 11. Obmann der Schiedsgerichtskommission.
- Alfred Schwahn, S. 42, Ritterstr. 20. Obmann der Lokalkommission.
- Emil Baßner, N. 20, Prinzenallee 46a. Obmann der Stadtverordneten und Gemeindevertreter.
- Paul Burghardt, D. 34, Straßmannstr. 29. Obmann der Revisoren.
- Richard Weimann, SW. 68, Lindenstr. 3. Sekretär des Bezirksjugendausschusses.

Martha Demming, D. 34, Borhagener Str. 29. Vertreterin der Kinderschutzkommission.
Ernst Däumig, Redaktion des „Vorwärts“. Bildungsausschuß.

B. Preszkommission:

- Johanna Ludewig, C. 2, Nikolaikirchplatz 4/5.
 - Fritz Schäfer, S. 59, Gräfeistr. 65a.
 - Emil Krüger, W. 35, Lützowstr. 81.
 - Gustav Müller, SD. 36, Grünauer Str. 26.
 - Emil Eichhorn, ND. 18, Langenbeckstr. 9.
 - Ch. Gutekunst, D. 17, Koppenstr. 33 bei Krüger.
 - G. Müller, D. 34, Memeler Str. 5.
 - Agnes Fahrwald, D. 34, Bornsdorfer Str. 13.
 - Karl Bollmerhaus, NW. 6, Philippstr. 5.
 - Otto Bander, N. 65, Otavistr. 30.
 - Fritz Glicke, N. 20, Soldiner Str. 33.
 - Frau Schubert, N. 20, Soldiner Str. 13.
 - Frau Herz, Charlottenburg, Runo-Fischer-Str. 22.
 - Albert Westphal, Mariendorf, Dorfstr. 36.
 - Regge, Neufölln.
 - Oskar Wicke, D. 112, Grüneberger Str. 9 III.
 - Albert Lehle, Weißensee, Wörther Str. 15.
- Alle Mitteilungen und eventuellen Beschwerden, den „Vorwärts“ betreffend, sind an den Obmann der Preszkommission, Emil Eichhorn, ND. 18, Langenbeckstr. 9, zu richten.

C. Schiedsgerichtskommission.

- Albert Dehmigen, C. 2, Sieberstr. 15.
 - Ferdinand Ewald, S. 59, Schönleinstr. 6.
 - Ernst Tschidert, SD. 26, Admiralstr. 23.
 - C. Kunze, D. 34, Petersburger Str. 55.
 - Eugen Rosemann, ND. 55, Winsstr. 58.
 - Gustav Laufant, N. 39, Nordufer 11.
 - Franz Walthert, Bohnsdorf bei Grünau, Paradiesstr. 6.
 - Käte Dunder, Steglitz, Rothenburgstr. 5.
 - Theodor Gehner, Pantow, Nordbahnstr. 3.
- Alle Anträge, die Schiedsgerichtskommission betreffend, sind an Gustav Laufant, N. 39, Nordufer 11, zu richten.

D. Lokalkommission:

- Albert Schide, D. 34, Gubener Str. 48.
 - Alfred Schwahn, S. 42, Ritterstr. 20.
 - Hermann Tschischke, SD. 36, Manteuffelstr. 76.
 - Karl Rott, D. 34, Straßmannstr. 29.
 - Andreas Gader, N. 24, Auguststr. 91.
 - Alfred Goetze, ND. 55, Belforter Str. 11.
 - C. Kaiser, Neufölln, Wildenbruchstr. 86.
 - Ernst Bertmann, Friedrichshagen, Köpenickerstr. 18.
 - Anna Kiesel, Reinickendorf-West, Eichbornstr. 87.
- Alle Mitteilungen, Zuschriften und Beschwerden in Lokalangelegenheiten für Berlin und Umgegend sind nur an den Obmann der Kommission, Alfred Schwahn, S. 42, Ritterstraße 20, zu richten.

Aus den Kreis-Wahlvereinen.

Fünfter Kreis.

Gustav Sunjschede gefallen.

Einen herben Verlust hat unser Kreis von neuem innerhalb eines knappen Jahres zu ver-

zeichnen. Am 18. Juli ist bei einem Gefecht Genosse Gustav Hunschede ein Opfer des Völkerringens, das er mit ganzer Kraft bekämpfte, geworden. Keine Arbeit für die Partei und seine Gewerkschaft, Hunschede war von Beruf Porzellanmaler, machte ihn verdrossen, stellten sie auch manches Mal Anforderungen, die es mit sich brachten, ihn seiner Familie manche liebe Stunde zu entziehen. Mehrere Jahre bekleidete er im Kreise den Posten eines ersten Schriftführers. 1913 sandte ihn der Kreis als seinen Vertreter der Preßkommission für den „Vorwärts“ in den Zentralvorstand von Groß-Berlin. In seiner Gewerkschaft verwaltete er längere Zeit das Ehrenamt eines Gauleiters. Sintereinander wurde er zu Parteitagungen delegiert. Mit ruhiger Ueberlegung und Umsicht vertrat er hier die Interessen der Partei. Jung an Jahren, reich an Erfahrung kehrt der kaum Sechszunddreißigjährige nicht mehr zurück zum neuen Wirken für die Interessen des Proletariats. Die ihn gekannt, die ihm nahestanden in jahrelanger, engster Arbeitsföhlung, die seinen lauterer Charakter schätzten, werden ihn sowie sein Wirken unbergessen halten.

Sechster Wahlkreis.

Die Beitragslisten für den Monat August sind fällig, wir eruchen, dieselben auszufüllen und den Zahlstelleninhabern bei der diesmaligen Abrechnung zu übermitteln. Nach Durchsicht der letzten Listen haben wir konstatieren müssen, daß eine ganze Anzahl Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstande sind; demzufolge ist es notwendig, daß die Bezirksführer nach dem Zahlabend durch Hauskassierung die Beiträge einholen, da oftmals die betreffenden Mitglieder durch Nachtschicht oder Ueberzeitarbeit verhindert sind, auf dem Zahlabend zu erscheinen.

Alle Briefe und Postsendungen, welche den Wahlverein betreffen, sind an Hermann Müller und alle Geldsendungen an Paul Binting, Wahlvereinsbureau, Gerichtstr. 71, zu senden. M.

Arbeiter-Gamariterbund.

Kolonnie Groß-Berlin und Kreis Brandenburg.

Am Sonntag, den 20. August, nachmittags 2 Uhr, findet auf dem Spielplatz am Karpenteich zu Treptow bei Berlin eine öffentliche Uebung statt.

Die Uebung findet statt, um dem Publikum und den Behörden ein anschauliches Bild von der Leistung und Ausbildung der Mitglieder zu geben und zu zeigen, daß trotz des Krieges immer noch Männer und Frauen vorhanden sind, welche das Arbeitergamariterwesen hochhalten.

Das Anlegen von Notverbänden mit Verbandmaterial, insbesondere die erste Hilfe ohne Anwendung von Verbandstoffen, die einfachsten Hilfsmittel sollen vor Augen geführt werden.

Auch der Transport Verunglückter und Erkrankter auf Tragen sowie Notbehelfen wird veranschaulicht. Bei den Zelten, der Sammelort der Verunglückten, werden die angelegten Verbände einer eingehenden Kritik von Ärzten sowie dem Vorsitzenden des Arbeitergamariterbundes unterzogen.

Ein großes Zelt mit allen für die erste Hilfeleistung in Betracht kommenden Instrumenten und Einrichtungen wird zur allgemeinen Besichtigung aufgestellt. Kochgelegenheit, Sterilisierapparat, Thermophoren, Magenschläuche usw. sowie sämtliche Verbandartikel werden erläutert. Auch ist das Lehrmaterial durch Torso, Wandbilder und dergleichen veranschaulicht.

Die Besichtigung der Einrichtung ist erwünscht.

Berichterstatter werden gewünscht und zugelassen, sobald sich dieselben an der Kontrolle melden.

Der Vorstand

Gustav Dietrich, Vorsitzender
Berlin NW. 23, Klopstockstr. 25.

Jugendweihe.

Die Jugendweihe für alle schulentlassenen Kinder, die weder an einer kirchlichen noch sonstigen Einsegnungsfeier teilnehmen, findet diesmal statt am

Sonntag, den 17. und 24. September 1916.

Anmeldungen werden an folgenden Stellen, und zwar bis 31. August, entgegengenommen: Richard Rehbock, N. 20, Thurneyszerstr. 7. Kurt Schönfelder, N. 58, Kopenhagener Str. 42. Frau Luise Schenk, N.O., Berneuchener Str. 13. Hermann Weise, Verbandsbureau, Lindenstr. 3, 4. Hof, 3 Treppen rechts.

Später eingehende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Sämtliche Teilnehmer erhalten etwa 10 bis 14 Tage vor der Feier noch eine besondere schriftliche Einladung, aus der alles Nähere ersichtlich ist.

Die Zahlabendeleiter werden gebeten, die Parteigenossen auf diese Jugendweihe aufmerksam zu machen.

Monatsbeiträge für Juli 1916.

1. Kreis	—,—
2. "	100,—
3. "	—,—
4. "	—,—
5. "	—,—
6. "	—,—
Teltow-Beeskow	—,—
Niederbarnim	—,—
Diverse:	
H. B. Wister	1,—
B. Bergmann, V. Kreis	3,—
Kinderschutzkommission:	
Dr. Landau, Wandlitz	5,—